

## Pandemie und Migration: Auswirkungen aktueller Krisen auf die Gestaltung einer inklusiven Hochschule

Dr. Uwe Grebe, Geschäftsführer des Studentenwerks Marburg und Beiratsvorsitzender der Informations- und Beratungsstelle Studium und Behinderung

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie ganz herzlich zu unserem heutigen Fachtag. Aktuelle Krisen und inklusive Hochschule – lassen Sie mich in der gebotenen Kürze einen kleinen Problemaufriss geben und ein paar Aspekte benennen, die vielleicht Impulse für Fragestellungen liefern können oder bestenfalls sogar Anregungen für Lösungsansätze bieten.

(Über welche Krisen sprechen wir konkret?)

Die Corona-Pandemie sowie der Ukraine-Konflikt und die damit einhergehende Energiekrise haben zu massiven Verwerfungen in allen Lebensbereichen geführt. Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Bürger werden durch die multiple Krisenlage extrem gefordert und belastet. Strukturen, Wohlstand, Existenz, Zusammenhalt stehen vor einer massiven Belastungsprobe.

(Was sind die Auswirkungen dieser Krisen in den Studierendenwerken und den Hochschulen?)

Seit dem ersten pandemiebedingten Lock Down sieht sich das Hochschulsystem Herausforderungen gegenübergestellt, die es bisher nicht kannte. Von heute auf morgen mussten die Hochschulen Hygienekonzepte entwerfen und ihre bis dato nie in Frage gestellte Präsenzlehre in ein Online-Format überführen, um überhaupt noch den Bereich der Lehre irgendwie anbieten zu können. Univerwaltung, Hochschulrechenzentren, Lehrende und auch Beratende mussten unter extremer – auch persönlicher – Leistungsanforderung die Normalität der Lehre und Beratung auf den Kopf stellen und quasi neu erfinden. Hinzu kam durch das Home-Office Gebot ein erhöhter Koordinationsaufwand untereinander. Und dies alles musste natürlich programm- und IT-technisch unterlegt werden.

Die Studierendenwerke wurden mit den Schließungsverfügungen ähnlich überrascht, ergänzt um die Problematik, dass den nicht mehr vorhandenen Umsätzen im Verpflegungsbereich der Fortbestand der Personalkosten gegenüberstand. Erstmals in der Geschichte der Studierendenwerke war Kurzarbeit ein Thema. In der Folge erforderten die laufend wechselnden Vorgaben eine ständige Flexibilität von Öffnen, Schließen sowie To-Go und To-Stay Angebot und dies begleitet von den jeweils angepassten Hygienekonzepten. Beispielsweise saß in Hessen die Politik in der Regel donnerstagsabends zusammen, um neue Regeln festzulegen, die dann ab dem darauf folgenden Montag umgesetzt werden mussten. Für mein Studentenwerk bedeutete dies, dass spätestens am Montagmorgen die Kitas, die Verpflegung, das Studentische Wohnen und insbesondere die Pflegeeinrichtung im Wohnheim für behinderte Studierende wissen wollten, wie sie sich coronakonform zu verhalten hätten. Entsprechend waren die Leitungskräfte über einen langen Zeitraum auch an

den Wochenenden im Dauereinsatz und kamen aufgrund fehlender Erholungsphasen auch an ihre Belastungsgrenze.

Hinzu kam die Absenz vieler Studierender vom Campus aufgrund der Online-Lehre, was in vielen STW erstmals zu Leerstand in den Wohnheimen führte. Im Gegenzug saßen viele – insbesondere ausländische - Studierende in den Wohnheimen fest und waren auf die IT-technische Infrastruktur in den Wohnheimen angewiesen, was diese vielerorts an die Belastungsgrenze und darüber hinaus führte. Dazu kam im Lock-Down die Problematik, dass die Verpflegung quarantänkisierter Studierender gesichert werden musste, was sich allerdings als ein eher geringes Problem erwiesen hat, da hilfsbereite Kommilitonen, Freunde und Freiwillige fast überall zur Stelle waren. Auch Studierendenwerke und Hilfsorganisationen organisierten die Betreuung und Verpflegung alleinstehender Personen in Quarantäne (nicht nur Studierender) und es war ein nahezu überall eine große Solidarität und Hilfsbereitschaft sichtbar. Auch die Beratenden in den Studierendenwerken waren mit der Umstellung auf Onlineberatung stark gefordert, galt es doch hier besonders, die Sensibilität der Beratungssituation zu berücksichtigen.

Der Ukraine Konflikt und die drohende Energiekrise stellen in der Folge das neue Damoklesschwert für die Hochschulen und die Studierendenwerke dar. Werden jetzt die Hörsäle und Mensen geschlossen werden müssen, weil Heizung und Strom fehlen? Wie können die massiven Preissteigerungen von Lebensmitteln, Energie und Bauleistungen refinanziert werden? Und nicht zu vergessen: Corona ist noch nicht vorbei, wie die aktuellen Inzidenzen zeigen.

(Was bedeuten diese Auswirkungen für den einzelnen Studierenden bzw. die einzelne Studierende? Was bedeuten diese Auswirkungen speziell für Studierende mit Beeinträchtigungen?)

Letztere Fragestellungen führen unmittelbar zu den Auswirkungen für die Studierenden. Neben den finanziellen Belastungen für die Studierenden, die staatlicherseits durch Bundesnothilfe- und Landesnothilfeprogramme, Heizkostenzuschüsse und BAföG-Anpassung zu lindern versucht wurden, sind die mentalen und psychischen Beeinträchtigungen – ganz zu schweigen von den Covidfolgen – noch nicht abzusehen. Studierende, die vier Semester oder mehr eingeschrieben waren, ohne einen Hörsaal zu betreten, die keine studentische Fete kennen und bis zum heutigen Zeitpunkt die elterliche Wohnung nicht verlassen haben, haben keinen Schimmer davon, was Studieren allein von der sozialen Komponente her bedeutet. Ein Studium ist keine Lernbulimie und darf es auch nicht werden.

Das eben Gesagte gilt übrigens auch für die beeinträchtigten Studierenden, denn anstelle sich den, in jeder Hinsicht anspruchsvollen Herausforderungen des studentischen Lebens zu stellen, war und ist es durchaus aus gesundheitlichen Gründen oftmals sinnvoller, die gewohnte Umgebung nicht zu verlassen, zumal man sich dort auch i.d.R. auf die Qualität des Internetanschlusses verlassen konnte. Aber was nutzt der High-Speed, wenn die mit heißer Nadel gestrickte Online-Vorlesung weder akustisch noch visuell auch nur einigermaßen behindertengerecht oder barrierefrei ist. Die digitale Barrierefreiheit wurde schlicht (in der Hektik der Ereignisse) vergessen bzw. nicht mitgedacht. Eine vermeintlich durch die

Digitalisierung überwundene räumliche und bauliche Barrierefreiheit wurde durch digitale Barrieren ersetzt. Auf die Problematik digitaler Prüfungen in Verbindung mit zu gewährenden Nachteilsausgleichen sei in diesem Zusammenhang ebenfalls hingewiesen.

(Wie können wir diesen Krisen begegnen? Herausforderungen? Ressourcen? Akteure?)

Aus meiner Sicht können wir all diesen Krisen nur mit Lebensmut, Zuversicht, Flexibilität und der Bereitschaft zur Veränderung begegnen. Aber alle diese Eigenschaften werden nur dann zur Krisenbewältigung helfen, wenn Sie von Zusammenhalt und Solidarität flankiert werden. Auch im Krisenmodus dürfen die Rechte von Menschen mit Behinderungen, geflüchteten oder armen Menschen, von Studierenden – aller Gruppen der Gesellschaft nicht auf der Strecke bleiben.

Dies bedeutet aber auch, dass die Bedürfnisse und Lebensnotwendigkeiten für alle Gruppen auch im Krisenmodus mitgedacht werden müssen und diesem nicht geopfert werden dürfen. Konkret heißt das aber auch für unser Anliegen, dass die gesetzlich verankerte Inklusion auch in der Krise umgesetzt werden muss. Und ändert sich durch krisenbedingte Herausforderungen die „normale“ Handlungsweise, dann dürfen neue Handlungsweisen diese gesetzlichen Standards nicht aushebeln. Bei allem verständlichen pragmatischem, zeitkritischen Umsetzen krisennotwendiger Gegebenheiten, muss zwangsläufig die Einzelfallgerechtigkeit ein Stück weit auf der Strecke bleiben. Hierfür müssen auch alle ein grundsätzliches Verständnis aufbringen; gleichwohl ist gerade in diesen Krisenzeiten unabdingbar, dass wir bzw. die Akteure für Inklusion diese anmahnen und zumindest im zeitnahen Nachgang eine entsprechende Berücksichtigung einfordern.

Am konkreten Beispiel darf man ein Stück weit Verständnis dafür aufbringen, dass die mit heißer Nadel gestrickte digitale Lehre nicht primär die Barrierefreiheit im Auge hatte, umso lauter und vehementer darf man aber in der Folge, in der der Krisenmodus sukzessive zur Normalität wird, auch eine digitale Barrierefreiheit einfordern. Und wer soll/muss das tun? Natürlich die, die es immer tun, auch wenn nicht gerade Krise ist: die Betroffenen und deren Unterstützer, die Berater und Beraterinnen an den Hochschulen und in den Studentenwerken. Und ist diese Aufgabe schon in normalen Zeiten anstrengend, umso anstrengender und aufwendiger ist dies im Krisenmodus.

Apropos Aufwand: Natürlich stellt sich in Krisenzeiten auch immer die Ressourcenfrage. Angesichts steigender Mieten und Nebenkosten, der Lebenshaltungskosten insgesamt, befinden sich viele Studierende in einer schwierigen materiellen Lage. Entlastungsmaßnahmen der Politik sind beschlossen, denen aber weitere folgen müssen, denn das Ende der Fahnenstange ist noch nicht erreicht. Aber auch Hochschulen und Studierendenwerke brauchen eine ausreichende Finanzierung durch die Bundesländer, damit Hörsäle und Mensen offen bleiben können. Was wir uns nicht erlauben können: Bei Beratung oder Unterstützung für Studierende, auch Studierende mit Behinderungen, den Rotstift anzusetzen. Wichtig ist aus meiner Sicht aber auch, dass in Krisenzeiten nicht das (überwiegend polemische) gegenseitige Aufrechnen von Kosten und Unterstützung überhandnimmt, denn dabei handelt es sich um einen der größten Destabilisierungs-

und Krisenverstärkungsfaktor, der nach meiner Meinung auch geeignet ist, den gesellschaftlichen Zusammenhalt auszuhebeln und zu zerstören.

Hinzu kommt, dass mit dem Ukraine Konflikt auch die Zahl der Geflüchteten aus den Krisengebieten stark angestiegen ist und auch absehbar nicht abschwilt. Neben den staatlichen Herausforderungen zur Unterbringung etc. kommt mit den geflüchteten Unkrainern eine neue Studierendengruppe an die Hochschulen, die analog zu syrischen Flüchtlingen ebenfalls traumatische Kriegserlebnisse zu bewältigen hat und neben den Herausforderungen des Studiums mit dessen Finanzierung sowie der Organisation des alltäglichen Lebens auch in hohem Maße die Beratungseinrichtungen an den Hochschulen und in den Studentenwerken benötigen und diese damit vor besondere Herausforderungen stellen. Und dies parallel zu einer hohen Zahl von regulären Studierenden, die pandemiebedingt einer hohen psychischen Belastung ausgesetzt sind, wie ich bereits zuvor ausgeführt habe.

(Welchen konkreten Beitrag leistet der heutige Fachtag zum Umgang mit den konkreten Herausforderungen? Was erwartet uns heute? Was können die Beauftragten und Berater\*innen in ihre Arbeit mitnehmen?)

Alle diese kurzen Problemaufrisse zeigen, dass die multiple Krisensituation in der wir uns befinden, für jeden Einzelnen und auch für die verschiedenen Systeme und in unserem Handlungsbereich das Hochschulsystem vor extreme Herausforderungen stellt.

Vielleicht kann der heutige Fachtag dazu dienen, die ein oder andere Fragestellung oder Herausforderung zu konkretisieren oder aber sogar Lösungsansätze zu finden, mit denen Sie und wir an die Herausforderungen heran gehen können.

Ganz sicher erwartet uns aber ein spannender Tag mit interessanten Impulsreferaten von ausgewiesenen Expertinnen und Experten. Außerdem weiß ich ganz sicher, dass die vielen Gespräche untereinander einen sehr fruchtbaren Austausch bringen werden und zuletzt unsere Gemeinschaft stärken, um auch in der Krise eine Hochschule für Alle voran zu bringen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!